

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/213

Bonn, den 5. November 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

1 - 2

Legenden

55

So kann man auch "Politik" machen

2

"Man merkt die Absicht und man wird verstimmt"

30

Hintergründe des Kesseltreibens gegen Berlins Senatspressechef

3

Großangriff auf den Krebs

45

Es ist noch viel nachzuholen

4 - 5

Chile zwischen den Wahlen

63

Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten ?

Von Paul Haupt

+ + +

## Legenden

---

### So kann man auch "Politik" machen

sp - In der Bundesrepublik Deutschland scheint kaum etwas so zählebig zu sein, wie eine politische Legende. Trotzdem z.B. alle Welt weiß, daß die Berufung des früheren Innenministers von Nordrhein-Westfalen, Dufhues, zum Geschäftsführenden Vorsitzenden der CDU für seine Partei kein besonders glücklicher Griff war, erhält sich hartnäckig die Legende, Herr Dufhues sei ein hervorragender Organisator und führe tatsächlich die CDU.

Es ist heute kaum noch umstritten, daß in der Bundeswehr besonders zu Zeiten des früheren Verteidigungsministers Dr. h.c. Franz Josef Strauß manches schief gegangen ist - organisatorisch und politisch. Trotzdem wird immer noch die Legende verbreitet, Herr Strauß sei ein hervorragender Verteidigungsminister gewesen.

Von dem jetzigen Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard sagt die Legende, er sei doch mindestens ein hervorragender Wirtschaftsminister gewesen. Inzwischen hat sich längst herausgestellt, daß Herr Erhard weniger Wirtschaftspolitik gemacht hat, als daß die Wirtschaft mit ihm Politik machte.

Eine der hartnäckigsten Legenden ist die Behauptung, der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer habe die deutsch-französische Aussöhnung zustandegebracht. Tatsache ist, daß diese begrüßenswerte Aussöhnung das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses ist, der gekennzeichnet wird von den Namen Jean Jaurés, Rudolf Breitscheid, Briand, Stresemann, Léon Blum, Robert Schuman und natürlich auch de Gaulle und Adenauer. Die Basis dieses gewiß großen Ereignisses der Nachkriegszeit ist jedoch die jenseits und diesseits des Rheins gewachsene Einsicht, daß Europa viel zu klein ist, um dem französischen oder dem deutschen Volk - wie allen anderen europäischen Völkern - zu gestatten, miteinander Krieg zu führen und auf diese Weise Europa zu vernichten. Das Verdienst für die Überwindung mancher Schwierigkeiten auf diesem Wege zur Einsicht ist auch Männern wie de Gaulle und Adenauer zuzuschreiben. Es für sie jedoch allein beanspruchen zu wollen, hieße grobe Geschichtsklitterung treiben.

In den Rahmen einer ständigen Legendenbildung gehören z.B. auch Nachrichten, die den deutschen Zeitungsleser glauben machen sollen, der frühere Bundeskanzler werde demnächst in Paris zum Mitglied der "Académie Française" ernannt werden. Herr Adenauer wird zwar Mitglied der "Académie des Sciences et Politiques", - eine wissenschaftliche Förderergesellschaft - die aber keineswegs mit der berühmten "Académie der Unsterblichen" zu verwechseln ist. In diese Akademie werden nämlich nur neue Mitglieder aufgenommen, wenn ein bisheriges Mitglied gestorben ist. Die Ernennung zum Mitglied der "Académie Française" ist die höchste Auszeichnung, die Frankreich seinen Wissenschaftlern und Literaten zu vergeben hat.

Die Legende, daß Herr Adenauer anlässlich seines nächsten Aufenthalts in Paris im Auftrag des jetzigen Bundeskanzlers Prof. Erhard eine politische Mission übernimmt, hat Prof. Erhard am Mittwochabend in einer Fernsehsendung selbst zerstört. Die Frage, ob er den Altbundeskanzler mit der Mission betraut habe, vermittelnd bei Staatspräsident de Gaulle einzuwirken, wies Erhard mit der Bemerkung zurück, er habe Herrn Adenauer keinen Auftrag erteilt und könne dies auch nicht.

Es gibt noch viele Legenden, mit denen in Deutschland "Politik" zu machen versucht wird. Wir wollen es für heute bei der Erwähnung dieser wenigen Beispiele belassen, behalten uns jedoch vor, bei Gelegenheit auf das gleiche Thema noch einmal zurückzukommen.

+ + +

"Man merkt die Absicht und man wird verstimmt"

Hintergründe des Kesseltreibens gegen Berlins Senatspressechef

P.B. - Seit einiger Zeit haben zwei in Berlin erscheinende Zeitungen des Springer-Konzerns ein Kesseltreiben gegen die Informationspolitik des Senatspressechef Egon Bahr eröffnet. Informationspolitik in Berlin ist gewiß keine einfache Sache. Aber sogar die "Frankfurter Allgemeine Zeitung", der man gewiß nicht eine besondere Sympathie für die in Berlin die Regierungsverantwortung tragende Sozialdemokratie nachsagen kann, gibt in ihrer Ausgabe vom 4. November 1964 zu, daß sachliche Diskussionen über mögliche Fehler nützlich seien, eine öffentliche Fehde jedoch der Sache, um die es geht, abträglich wäre. Bemerkenswert ist die Feststellung der FAZ:

- \* "So drängt sich das Gefühl auf, daß man in Wirklichkeit nicht
- \* jene Befragung, sondern die Passierscheinaktion als solche
- \* gemeint hat."

Um sich eine Vorstellung davon machen zu können, wie z.B. die "Berliner Morgenpost" vorgeht, sei auf folgendes hingewiesen: So weit überschaubar, haben am 4. November 1964 alle Zeitungen in der Welt auf der ersten Seite - meist in großer Aufmachung - gemeldet, daß Präsident Johnson wiedergewählt worden ist. Als besondere journalistische Glanzleistung muß festgehalten werden, daß die "Morgenpost" die angebliche Jagd des Senatspressechef nach Leserbriefen für wichtiger hielt als Johnsons Wiederwahl; sie setzte ihren Streit mit Bahr auf die erste Seite!

Gewiß ist auch ein Mann wie Egon Bahr nicht fehlerfrei; er wäre der Letzte, der dies von sich behaupten würde. Zu befürchten ist jedoch, daß es der "Berliner Morgenpost" weniger um Egon Bahr und seine vermeintlichen Fehler, als vielmehr um Willy Brandt geht. Seit Frühjahr dieses Jahres erzählt man sich in den Redaktionen der Springer-Presse, daß die "Morgenpost" im Herbst eine Kampagne mit dem Ziel starten wolle, dem Vorsitzenden der SPD das Leben in Berlin so schwer wie möglich zu machen. Sollte die Fehde gegen Bahr der Anfang der Kampagne sein? Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.

+ + +

## Großangriff auf den Krebs

Es ist noch viel nachzuholen

sp - Vergangene Woche wurde in Heidelberg das erste deutsche Krebsforschungszentrum eingeweiht, das auf Anregung des emeritierten Heidelberger Professors für Chirurgie, Heinrich Bauer, errichtet worden ist. Inzwischen haben hier 80 Wissenschaftler in fünf Instituten die Arbeit aufgenommen. Da es sich um das erste deutsche Krebsforschungszentrum in der Bundesrepublik handelt, wird es noch ein weiter Weg sein, um den Anschluß an die internationale Entwicklung auf diesem Gebiet zu erreichen.

Die Einweihung des Instituts in Heidelberg erfolgte zu einem Zeitpunkt, in dem die Zahlen über Krebserkrankungen und den durch Krebs verursachten Tod alarmierend sind. Wenn es auch gelang, Magenkrebs und Unterleibskrebs mit den bisher bekannten Mitteln der Medizin erfolgreich zu bekämpfen, so darf nicht übersehen werden, daß die Erkrankungen an Bronchialkrebs erschreckend zugenommen haben. Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Lebenserwartung der Menschen heute bei fast 69 Jahren liegt, ist es dennoch erschütternd, zu wissen, "daß von den heute lebenden 56,2 Millionen Menschen der Bundesrepublik mindestens 12 Millionen in einem Durchschnittsalter von 54 Jahren dem Krebs erliegen werden." Diese Feststellung traf Prof. Bauer in einem kürzlich veröffentlichten Gutachten.

## Luft- und Wasserverunreinigung

Die Folgerung, daß die durch Abgase verseuchte Luft in erster Linie zu Krebserkrankungen führen kann, ist heute allgemein. Die Verbrennungsrückstände von Kohle, Öl, Benzin oder Tabak führten zu einem Ansteigen der Krebserkrankungen. Nicht umsonst erheben die Sozialdemokraten immer wieder ihre Forderung nach der Reinerhaltung der Luft.

Der Bundestag hat, vor allem auf Drängen der Sozialdemokraten, Gesetze zur Reinhaltung der Luft, des Wassers und der Lebensmittel verabschiedet. Wenn auch einige Vorstellungen der Sozialdemokraten nicht in vollem Umfang von den Regierungsparteien übernommen wurden, (Interessengruppen, die sich hinter die Koalitionsparteien stellten, wirkten dem entgegen), so sind doch diese Gesetze zu einer wesentlichen Voraussetzung für die bessere Sauberhaltung von Luft, Wasser und Lebensmitteln geworden.

## Beispielgebende Arbeit in Japan

Zugleich muß aber festgestellt werden, daß man in der Bundesrepublik noch lange nicht soweit wie in Japan ist, wo durch gewerbehygienische Maßnahmen die sogenannten Berufsnoxeen weitgehend ausgeschaltet werden konnten. Durch sehr scharfe Bestimmungen wurde in Japan erreicht, daß alle industriellen Anlagen umgebaut wurden, die bisher noch Ruß, Qualm, Gas, Dampf, Staub oder Dunst abbliesen. Damit ist Japan der Bundesrepublik weit voraus. Es ist zu hoffen, daß aus dem Heidelberger Krebsforschungszentrum bald neue Anregungen kommen, die dann zur Grundlage besserer Gesetze für die Entgiftung von Luft, Wasser und Lebensmitteln dienen können.

## Chile zwischen den Wahlen

### Koalition von Christdemokraten und Sozialdemokraten ?

Von Paul Haupt

Der Ausgang der im September stattgefundenen Präsidentenwahl in Chile hat für die Christlich-Soziale Partei einen Sieg gebracht, aber auch ein Fragezeichen gestellt. Der zum Präsidenten gewählte christlich-soziale Kandidat Eduardo Frei konnte zwar gegen Ende Oktober das von seinem Vorgänger, dem Liberalen Alessandri unter neutraler Flagge für die Wahlperiode eingesetzte Kabinett durch ein neues, ausgesprochen christlich-sozial geprägtes ersetzen, die Frage ist jedoch, wie lange dieses Kabinett sich halten wird. Noch ist nicht sicher, ob alle Abgeordneten, die in der Präsidentenwahl für Frei warben, auch im Parlament dem neuen Kabinett und seinen - recht zahlreichen - Anträgen die Stimme geben werden. Das größte Fragezeichen jedoch stellt der März: Im März 1965 ist nämlich das chilenische Parlament in seiner Gesamtheit neu zu wählen.

### Gescheiterte "Volksfront"

Damit wird der chilenische Wähler auf der Rechten wie auf der Linken vor eine neue Situation gestellt. Der Wahlsieg Freis war einerseits eine Ablehnung des Liberalismus, der seit über einem Jahrzehnt die chilenische Politik beherrschte, auf der anderen Seite eine schroffe Absage an die von Kommunisten gesteuerte "Volksfront", die als Rückgrat der Kandidatur des Kandidaten Allende gebildet worden war. Man ist sich heute allgemein darüber klar, daß die Anerkennung der Kommunisten als Verbündete ein schwerer Fehltritt der sozialistischen Partei war. Sie führte nach der Wahlniederlage denn auch zu einer Spaltung der sozialistischen Partei, was wiederum für die Liberalen und für die Christlichsozialen die Frage zu stellen scheint, ob man nicht bei den Märzwahlen eine noch bessere Stimmzahl erhalten würde, wenn man sich mit dem neuen entschieden antikommunistischen Flügel der Sozialisten unter einer einheitlichen antikommunistischen Parole zusammenfinden würde.

Neue Perspektiven ?

Bei den Christlichsozialen wurde schon im Präsidentenwahlkampf verschiedentlich die Möglichkeit einer Koalition mit den Sozialisten angedeutet, falls die Sozialisten die "Volksfront" verlassen würden. Im neuen Kabinett sind die wichtigsten Ressorts mit Persönlichkeiten besetzt, die schon auf sozialer Ebene für den politischen Katholizismus tätig waren. Das gilt sowohl für den aus einer eingewanderten Schweizer katholischen Familie stammenden Präsidenten als auch für die meisten anderen Minister, die nicht nur an chilenischen katholischen Universitäten studierten, sondern auch praktisch in Sozial- und Wirtschaftsorganisationen des chilenischen Katholizismus führende Posten einnahmen.

Mehrere Möglichkeiten

Die Wählerschaft, welche man bis zum März für eine Zusammenarbeit zwischen Sozialisten und Christlichsozialen zu gewinnen hofft - und die man auf diesem Wege endgültig kommunistischen, wohl auch linkssozialistischen Einflüssen zu entziehen gedenkt - ist nicht zuletzt die Arbeiterschaft. Es ist nicht zufällig, daß die Christliche Gewerkschaftsinternationale vor wenigen Jahren in der Hauptstadt Chiles, Santiago, die Zentrale ihrer lateinamerikanischen Zweigorganisation errichtete. Die chilenische Gewerkschaftsbewegung ist wohl größer als die anderer südamerikanischer Staaten, aber sehr zersplittert. Der Teil, der sich als christliche Gewerkschaft bezeichnet, nicht unbedeutend. Politisch und sozial fanden sich bei der Entwicklungshilfe für die Indios und in der Nazizeit chilenische Sozialisten und Katholiken in der Bekämpfung des Versuchs zusammen, von der recht starken deutschen Minderheit aus einen Anschluß an das Dritte Reich zu formen. Der einzige nazistische Putschversuch in den Kriegsjahren scheiterte auch daran, daß katholische Priester die Mütter aufforderten, ihre Söhne aus den nazistischen Jugendgruppen herauszuhalten.

Chile zwischen den Wahlen wird so politisch nicht zuletzt von der Frage beherrscht werden, ob eine auf eine Regierungskoalition hinarbeitende Annäherung zwischen der sozialistischen - oder der sozialistischen - Parteien und den Christlichsozialen möglich ist, oder ob der - nicht zuletzt von eingewanderten englischen und Hamburger Großunternehmern geprägte - Liberalismus sich als Sekundant der Christlichsozialen offenbaren wird.